



Reinhard Rürup

Revolution und Demokratiegründung

Studien zur deutschen Geschichte
1918/19

Wallstein

Reinhard Rürup
Revolution und Demokratiegründung

Reinhard Rürup
Revolution und
Demokratiegründung

Studien zur
deutschen Geschichte 1918/19

Herausgegeben
und mit einem Nachwort von
Peter Brandt und Detlef Lehnert



WALLSTEIN VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2020
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

Umschlagabbildungen: oben: Revolutionäre Matrosen patrouillieren am 10. November 1918 in Berlin in der Friedrichstraße. Foto: Bundesarchiv
unten: Vor einem Wahllokal in Berlin bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Foto: Bundesarchiv SAPMO

ISBN (Print) 978-3-8353-3363-5

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4326-9

Inhalt

Forschungen zur Revolution 1918/19: Rückblick und Ausblick	7
1. Der Erste Weltkrieg als »Urkatastrophe« der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert	19
2. Etappen der Erforschung und Diskussion der Revolutionsgeschichte	37
2.1. Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19	37
2.2. Demokratische Revolution und »dritter Weg«	70
2.3. Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte. . .	97
3. Zwischen revolutionären Massenbewegungen und Weimarer Verfassung	117
3.1. Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkriegs (1917-1920).	117
3.2. Die »Ausrufung der Republik« durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918	147
3.3. Friedrich Ebert und das Problem der Handlungsspielräume in der deutschen Revolution 1918/19	157
3.4. Entstehung und Grundlagen der Weimarer Verfassung . . .	180
4. Probleme der Revolution in Deutschland 1525-1989	213
PETER BRANDT UND DETLEF LEHNERT	
Nachwort: Zu einigen Neuerscheinungen über die Revolution 1918/19 – im Lichte der Schriften von Reinhard Rürup	235

Forschungen zur Revolution 1918/19: Rückblick und Ausblick

Die Erforschung der deutschen Revolution von 1918/19 auf dem in der Geschichtswissenschaft üblichen Niveau hat in der Bundesrepublik erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre begonnen. In der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR hatte sie allerdings schon wesentlich früher eingesetzt. In der Mitte der fünfziger Jahre debattierten die DDR-Historiker lebhaft über den Charakter der Revolution, bis das Zentralkomitee der SED diese Diskussion durch die 1958 von ihm formulierten, fortan verbindlichen Thesen zum Abschluss brachte. Die Tatsache, dass die Fachwissenschaft sich bis dahin so gut wie gar nicht für die Revolutionsgeschichte interessiert hatte, hatte vielerlei Gründe. Soweit die akademische Geschichtswissenschaft in der Weimarer Republik überhaupt bereit gewesen war, sich auf die Zeitgeschichte einzulassen, befasste sie sich mit der Geschichte des Krieges und ganz besonders mit der Widerlegung der im Versailler Vertrag von den Siegermächten dekretierten Kriegsschuld des Deutschen Reiches.

I.

Zusammenfassende Darstellungen des Revolutionsgeschehens gab es vor allem aus dem politischen Lager links von der Mehrheitssozialdemokratie: von Heinrich Ströbel 1920, Eduard Bernstein 1921 und Richard Müller 1925, die in den Revolutionsmonaten allesamt USPD-Mitglieder gewesen waren. Sie hatten keine wissenschaftlichen Untersuchungen verfasst, aber sachkundige und materialreiche Orientierungen, die auch heute noch die Lektüre lohnen. Arthur Rosenbergs Buch über »Die Entstehung der Deutschen Republik«, das 1928 erschien, bot eine kritische Darstellung des Kaiserreichs und des Krieges, endete aber schon mit dem 10. November 1918. Seine »Geschichte der Deutschen Republik«, in der die Revolution ausführlich thematisiert ist, konnte erst 1935 in der Emigration erscheinen. Eine 1929 vom Parteivorstand der Kommunistischen Partei herausgegebene »Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution« enthielt zwar reiches Bildmaterial, aber keine neuen Erkenntnisse. Aus dem bürgerlichen Lager sind gegen Ende der Weimarer Republik allenfalls noch die Darstellungen von Otto Erich Volkmann, Archivar im Reichsarchiv, und Eugen Fischer-Baling, Historiker und früherer Ge-

schäftsführer der Untersuchungsausschüsse der Nationalversammlung und des Reichstags, zu nennen sowie ein kurzer Beitrag von Friedrich Meinecke unter dem Titel »Die Revolution. Ursachen und Tatsachen« im Handbuch des deutschen Staatsrechts (1930).

Obwohl die Revolution als Staatsumsturz erfolgreich war und eine demokratische Republik begründete, die sich in den krisenhaften Gründungsjahren gegen alle konterrevolutionären Bestrebungen eindeutig behaupten konnte, entwickelte sich während der Weimarer Republik keine lebendige revolutionäre Tradition. Die Sozialdemokraten waren in ihrer großen Mehrheit zwar stolz auf die Begründung der parlamentarischen Demokratie und auf die im Winter 1918/19 durchgesetzten sozialen Errungenschaften, identifizierten sich aber überwiegend nicht mit der Revolution. Selbst die Tatsache, dass mit dem 9. November nicht nur im Reich, sondern auch in allen Einzelstaaten die Monarchie geradezu »über Nacht« verschwunden und die republikanische Staatsform wie selbstverständlich an ihre Stelle getreten war, änderte daran nichts. Auf der radikalen Linken, zunächst bei der USPD, dann in schon bald dogmatisch verfestigter Weise bei den Kommunisten, galt die Revolution als gescheitert: Sie sei, so die KPD, von der SPD-Führung, die die sozialistische Arbeiterbewegung durch ihre Kriegs- und Revolutionspolitik gespalten habe, »verraten« worden. Das einzige in die Zukunft weisende Ergebnis dieser Revolution sei deshalb die Gründung der Kommunistischen Partei.

Für die Angehörigen des bürgerlichen Lagers, die als Demokraten und Liberale zu den Trägern der Weimarer Republik gehörten oder als konservative »Vernunftrepublikaner« die politische Neuordnung wenigstens zu akzeptieren bereit waren, erschien schon bald die »Abwehr des Bolschewismus« als das wichtigste Ergebnis des Revolutionsgeschehens. »Entweder Demokratie oder Bolschewismus«, das war die Formel, die auch ein Friedrich Meinecke 1930 für angemessen hielt. Auf dieser Ebene konnten sich schließlich große Teile der Sozialdemokraten und des Bürgertums verständigen: Als die von dem Sozialdemokraten Hermann Müller geführte Reichsregierung – freilich von der weiter rechts stehenden Vorgängerin auf den Weg gebracht – 1928 unter dem Titel »Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928« eine Art offizieller Selbstdarstellung der Weimarer Republik publizierte, war darin von der Revolution kaum noch die Rede. Der einzige einschlägige Beitrag stammte von Gustav Noske und trug die Überschrift »Die Abwehr des Bolschewismus«.

Dass die Konservativen und die nationalistisch-völkische Rechte der Revolution jede Legitimation absprachen, sie als »Dolchstoß« in den Rücken des deutschen Heeres und damit verantwortlich für die militäri-

sche Niederlage, den Versailler Vertrag und alle Nöte der Nachkriegszeit betrachteten, ist allgemein bekannt. Für die Nationalsozialisten war die Revolution das »Novemberverbrechen«, waren die damals politisch Verantwortlichen die »Novemberverbrecher«, die es unerbittlich zu bekämpfen galt. Der gescheiterte Putsch in München fand nicht zufällig am 9. November 1923 statt. Tim Mason und Sebastian Haffner haben in den sechziger Jahren erstmals darauf aufmerksam gemacht, dass für die NS-Führung noch während des Zweiten Weltkrieges die Furcht vor einem neuen »November« stets präsent war, was sich in der Ausplünderung der besetzten Länder zugunsten der Versorgung der deutschen Bevölkerung ebenso auswirkte wie in der radikalen Bekämpfung aller Handlungen und Entwicklungen, die als »Wehrkraftzersetzung« verstanden wurden. Dass es unter diesen Umständen unter der NS-Herrschaft keine Forschungen und auch sonst keine nennenswerten Veröffentlichungen zur Revolutionsgeschichte geben konnte, ist offensichtlich.

In dem Geschichtsbild, das in der frühen Bundesrepublik bis in die sechziger Jahre verbreitet war, kam die Revolution von 1918/19 kaum noch vor. Das war in der DDR selbstverständlich ganz anders, weil die SED sich in der Tradition der »Novemberrevolution« sah und den Aufbau des Sozialismus im eigenen Herrschaftsbereich als Erfüllung des damals Erstrebten, aber nicht Erreichten verstand. In der Bundesrepublik fehlte dagegen eine entsprechende Identifikation mit dem Erbe der Revolution. Das politische und auch das wissenschaftliche Interesse dieser Jahre galt nicht den Anfängen der Republik, sondern den Ursachen ihres Scheiterns. In seiner einflussreichen Abhandlung über »Die improvisierte Demokratie« von 1951 glaubte Theodor Eschenburg sogar, unter Ausblendung aller revolutionären Auseinandersetzungen von der »Oktoberverfassung« gleich zur Nationalversammlung übergehen zu können. Angesichts der mächtigen Sowjetunion und der Existenz eines zweiten deutschen Staates unter kommunistischer Herrschaft schienen die in der Weimarer Zeit entwickelten Vorstellungen von der Revolution als einem erfolgreichen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus keiner kritischen Überprüfung zu bedürfen. Der Verzicht auf einschneidende Demokratisierungsmaßnahmen während der revolutionären Übergangszeit erschien unter diesen Umständen nicht nur verständlich, sondern unvermeidlich. Wer den Bolschewismus nicht wollte, musste, so wurde argumentiert, mit der bisherigen militärischen Führung, den leitenden Beamten und den großen Unternehmen kooperieren. In diesem Kontext wurde nun auch die vor allem von Friedrich Ebert repräsentierte Politik der Mehrheitssozialdemokraten in der Revolutionszeit nahezu uneingeschränkt positiv gewertet.

Dass sich in der Bundesrepublik und darüber hinaus dennoch eine Forschung entwickelte, die solche Vorstellungen im Rückgriff auf die Quellen kritisch hinterfragte, hing wesentlich mit der – um zwanzig Jahre verzögerten – Rezeption von Arthur Rosenbergs »Geschichte der Deutschen Republik« aus dem Jahr 1935 zusammen, der angesichts der NS-Herrschaft nach den versäumten Chancen der Revolution fragte, nach den Ursachen der fehlenden sozialen Verankerung der parlamentarischen Demokratie. Rosenberg betonte das demokratische Reformpotenzial der Arbeiter- und Soldatenräte und bezeichnete die Formel »Demokratie oder Bolschewismus« als eine interessengeleitete Fiktion. Es habe durchaus die Möglichkeit bestanden, zumindest erste programmatische Schritte auf dem Wege zur Demokratisierung des Militärs, der Verwaltung und der großen Industrie zu tun. Das war eine unorthodox-marxistische Sicht der Revolution, die eine jüngere Generation von Historikern zu eigenen Forschungen anregte. Eine wichtige, oft übersehene Rolle spielte in dieser Zeit auch Erich Matthias, der die neuen Forschungsansätze als Person und mit den Mitteln der Bonner »Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« entschieden förderte. Er sorgte dafür, dass einige der wichtigsten neuen Forschungsergebnisse – von Walter Tormin über Eberhard Kolb bis Peter von Oertzen – in der angesehenen Schriftenreihe der Kommission erscheinen konnten und dass die Kommission die richtungweisenden Quelleneditionen zur Geschichte der Reichsregierungen (einschließlich des Rates der Volksbeauftragten), der Nationalversammlungs- und Reichstagsfraktionen und nicht zuletzt auch der Räteorganisationen in ihr Programm aufnahm.

II.

Die Revolutionsforschung, die sich in der Bundesrepublik von den späten fünfziger bis in die achtziger Jahre in erstaunlichem Tempo und ebenso großer Breite wie Intensität entwickelte, kann hier nicht im Einzelnen rekonstruiert werden. Eine von Georg P. Meyer 1977 veröffentlichte »Bibliographie zu Geschichte der deutschen Revolution 1918/19« enthielt bereits 1800 Titel, von denen der größte Teil in den letzten beiden Jahrzehnten in der Bundesrepublik und in der DDR erschienen war. Inzwischen liegt mit dem 2013 erschienenen Buch »Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert« von Wolfgang Niess eine Studie vor, die über die Gesamtentwicklung zuverlässig informiert und

darüber hinaus auch die einflussreichsten Revolutionsdeutungen einzeln vorstellt und kritisch diskutiert. Jedem, der sich intensiv und im Detail mit der Forschungsentwicklung beschäftigen möchte, kann ich die Lektüre dieses beeindruckenden Werkes nur empfehlen. Ich werde mich hier darauf beschränken müssen, einige der für die Neuorientierung der Revolutionsforschung wichtigsten Veröffentlichungen in Erinnerung zu rufen, die Kernelemente der Neuinterpretation zu benennen und einige Überlegungen zu den unterschiedlichen Akzentuierungen der Forschungsergebnisse anzustellen.

Bahnbrechend war, nach einigen überwiegend ungedruckt gebliebenen Dissertationen der späten fünfziger Jahre, Eberhard Kolbs Dissertation aus dem Jahr 1959, die 1962 unter dem Titel »Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919« als Buch veröffentlicht wurde. Schon ein Jahr später erschien Peter von Oertzens politikwissenschaftliche Habilitationsschrift über »Betriebsräte in der Novemberrevolution«, und mit einem größeren zeitlichen Abstand folgte 1975 Ulrich Kluges Buch »Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19«. Für etwa zwei Jahrzehnte standen damit Probleme der Rätebewegung im Zentrum des Interesses, das seinen Niederschlag in einer kaum noch überschaubaren Fülle einschlägiger Publikationen fand. Ich möchte in diesem Kontext nur auf zwei weitere Veröffentlichungen hinweisen: Peter Lösches zunächst grundlegende Untersuchung »Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920« von 1967 und Detlef Lehnerts Buch von 1983 über »Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD«.

Erhebliche Bedeutung kam darüber hinaus den ersten großen Quelleneditionen zu: den von Eberhard Kolb und mir bearbeiteten Dokumenten des »Zentralrats« der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte (1968) und den von Susanne Miller und Heinrich Potthoff bearbeiteten Dokumenten der »Regierung der Volksbeauftragten« (1969). Der bei Weitem größte Teil der Forschungsbemühungen galt in diesen Jahren übrigens der Lokal- und Regionalgeschichte der Revolution: vom Ruhrgebiet bis Bayern, von Hamburg und Bremen bis Frankfurt am Main und München, dazu viele kleinere Orte und Landschaften. Die größte öffentliche Aufmerksamkeit fand Sebastian Haffners polemisch zugespitzte Darstellung »Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19«, die 1969 in erster Auflage auf den Markt kam. 1972 dokumentierte Eberhard Kolb in dem von ihm herausgegebenen Sammelband »Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik« den bis dahin erreichten Forschungsstand. Ein Jahr später erschien »Revolution in Mitteleuropa 1918-1919« des aus Deutschland

vertriebenen britischen Historikers Francis L. Carsten. Zugleich entstanden einige größere integrierende Darstellungen, in deren Zentrum in der Regel die Sozialdemokratie stand: Erich Matthias, »Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918-1919« (1970), Susanne Miller, »Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920« (1978) und Heinrich August Winklers Essay »Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19« von 1979, dem er 1984 im ersten Band seines großen Werkes »Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik« eine detaillierte Darstellung folgen ließ.

Natürlich lassen sich die Ergebnisse dieses Forschungsprozesses, an dem nicht nur die Historiker der Bundesrepublik, sondern auch – in freilich sehr unterschiedlichem Umfang und mit unterschiedlichen Fragestellungen und Interessen, was vor allem die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft betrifft – Historiker der DDR, der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens, aber auch Frankreichs, Japans oder Australiens aktiv beteiligt waren, nicht in wenigen Worten zusammenfassen. Ich will aber versuchen, zumindest einige der zentralen Punkte kurz anzusprechen. Der gemeinsame Nenner der meisten Arbeiten war eine »Wiederentdeckung« der Revolution, die allzu lange als bloßer »Zusammenbruch«, eine Zeit der »politischen Wirren« und der »größten Not« etikettiert worden war. Die Revolution war jedoch kein Missverständnis, sondern am Ende dieses Krieges eine Notwendigkeit. Sie war nicht die Ursache der Niederlage im Krieg, sondern deren Folge. Sie war nicht geplant oder zentral organisiert, sondern entstand spontan, ging nicht von der Reichshauptstadt aus, sondern lief auf sie zu. Sie organisierte sich unabhängig von den bestehenden Institutionen und Organisationen in der Form von »Räten«, wobei die Begrifflichkeit aus den russischen Revolutionen von 1917 übernommen wurde, ohne dass damit jedoch eine politische Ausrichtung an der Politik der Bolschewiki verbunden gewesen wäre. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die mit der Revolution die Macht im Reich und in den Einzelstaaten übernahmen, waren in der übergroßen Mehrheit mehrheitssozialdemokratisch orientiert, ihr Ziel war eine demokratische und soziale parlamentarische Republik. Die radikale Linke war eine sehr kleine Minderheit, die aber in Berlin und in einigen anderen Zentren zumindest vorübergehend auch Massen zu mobilisieren vermochte.

Die Arbeiter- und Soldatenräte strebten keine Räteverfassung als Alternative zu den bestehenden Verhältnissen an, sie unterstützten die Revolutionsregierungen in dem Bemühen, die Rückführung des Heeres, die Versorgung der Bevölkerung, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft zu

sichern. Sie stimmten auf dem Ersten Reichsrätekongress mit großer Mehrheit für die Wahl zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung, erwarteten aber auch die Sicherung der durch die Revolution geschaffenen Machtverhältnisse und sozialen »Errungenschaften« sowie den Beginn entschiedener Demokratisierungsprozesse im Militär, in der Wirtschaft und in den staatlichen und kommunalen Verwaltungen. Während die sozialdemokratisch geführten Revolutionsregierungen die Unterstützung der Arbeiter- und Soldatenräte bei der Bewältigung der akuten Übergangsprobleme gern in Anspruch genommen haben, sind sie den weitergehenden politischen Forderungen nicht gefolgt. Daraus entwickelten sich Konflikte, die zu einem Zerbrechen des Bündnisses zwischen SPD und USPD und ab Dezember auch zu bürgerkriegsartigen blutigen Zusammenstößen zwischen den rebellierenden Teilen des radikalen Lagers und den von den Regierungen als »Ordnungsmacht« eingesetzten militärischen Einheiten führten. Im Frühjahr 1919 folgten die Massenstreiks unzufriedener Arbeiter in den Industriezentren und »Räte«-Experimente in einigen Städten, unter denen die Münchener »Räterepubliken« die größte Aufmerksamkeit fanden. Alle Versuche, die Revolution »weiterzutreiben« scheiterten, die Weimarer Republik wurde im Bündnis von Mehrheitssozialdemokraten, Linksliberalen und Zentrum gegründet. Das Ergebnis war eine in vielen Hinsichten vorbildliche Verfassung, aber auch eine Struktur der Gesellschaft, die in großen Teilen im Widerspruch zu den Normen der Verfassung stand.

Die leitende Fragestellung der Forschung ist deshalb seit den sechziger Jahren stets die Frage nach den Chancen der Demokratie in der Revolution von 1918/19 gewesen, und angesichts der nur vierzehn Jahre dauernden Geschichte der Weimarer Republik nicht zuletzt auch die Frage nach den versäumten Chancen der Demokratisierung. Die Wiederentdeckung der Revolution und die kritische Bewertung ihrer Ergebnisse – man sprach von einer unvollendeten, einer steckengebliebenen, auch einer gescheiterten Revolution – galt seit den siebziger Jahren als »herrschende Lehre« (obwohl die Handbücher und auch die Schulbücher in der Regel noch ganz anders aussahen) und wurde als solche natürlich immer wieder auch infrage gestellt. Dabei sollte klar sein, dass eine Revolutionsgeschichte, wenn sie im öffentlichen Bewusstsein wenigstens halbwegs präsent ist, niemals ganz unumstritten sein wird. Das gilt für jede Geschichte, die in die Gegenwart hineinwirkt, und erst recht für Ausnahmesituationen, in denen weitreichende Entscheidungen gefallen sind. In der Wissenschaft darf es dabei allerdings nicht um das bloße Meinen gehen. Hier gilt das, was man das »Vetorecht der Quellen« genannt hat. In der Forschung sind aber bis heute keine Quellen zutage ge-

treten, die die damals erarbeiteten Interpretationen grundsätzlich infrage stellen würden. Bei den großen Räteeditionen sind inzwischen neben den Zentralrat, Württemberg und Baden auch der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte (1993-2003, in drei Bänden) und Hamburg (2013) getreten, und auf lokaler und regionaler Ebene werden weiterhin ständig bisher unbekannte Quellen entdeckt und bearbeitet. All das hat nach meiner Einschätzung zwar zu einer Ausdifferenzierung des Revolutionsbildes, nicht aber zu einer entscheidend veränderten Faktenlage geführt.

III.

Nicht zu übersehen ist allerdings, dass die Bewertungen des Revolutionsgeschehens ständig in Bewegung sind, weil die Kontexte, in denen die leitenden Fragestellungen entwickelt und die Urteile formuliert werden, sich ändern. Und das nicht nur im Wechsel der Generationen, sondern auch bei vielen Autoren, wenn sie über längere Zeiträume mit der Revolutionsgeschichte befasst sind. Arthur Rosenberg zum Beispiel, dessen »Entstehung« der Republik 1928 erschien, als sich die Weimarer Republik anscheinend politisch und wirtschaftlich stabil darbot, konnte unter diesen Umständen die Revolution vom 9. November als »überflüssig« bezeichnen, weil die Forderungen der Massen mit der Entscheidung für die Beendigung des Krieges und die Einführung des parlamentarischen Systems bereits erfüllt gewesen seien. Hingegen betonte er 1935, nach dem Scheitern der Republik und der Etablierung der NS-Diktatur, die Notwendigkeit konsequenter Demokratisierungsprozesse kraft revolutionären Rechts sehr entschieden und kritisierte scharf die entsprechenden Versäumnisse.

Oder nehmen wir Sebastian Haffner, der 1969 nach dem Höhepunkt der außerparlamentarischen Opposition und der damals verbreiteten Kritik an der SPD seinem Buch den Titel »Die verratene Revolution« gab, 1979 aber unter den Vorzeichen des erfolgreichen sozialdemokratischen Jahrzehnts der Bundesrepublik eine Neuauflage unter dem Titel »Die deutsche Revolution 1918/19. Wie war es wirklich?« erscheinen ließ. Auch Heinrich August Winkler, der in seinen frühen Arbeiten zur Revolutionsgeschichte die verpassten Chancen der Revolution und die daraus resultierenden Belastungen der Weimarer Republik betont hatte, verwies 1993 in seiner Geschichte der Weimarer Republik stärker auf »die Grenzen, die einem politischen und gesellschaftlichen Umbruch in Deutschland 1918/19 gesetzt waren«, und damit auch auf die durch die

Revolution erzielten Erfolge und die relative Stärke der Republik. Ähnliche Verschiebungen sind übrigens auch in meinen eigenen Interpretationen der Revolutionsgeschichte zu beobachten. Dem jeweiligen Kontext entsprechend habe ich zwischen 1968 und 2008 die Defizite oder die Erfolge des Revolutionsprozesses stärker in den Vordergrund gerückt. Aufs Ganze gesehen hat sich aber auch bei mir die Tendenz, die Revolution trotz aller Defizite positiv zu werten, deutlich verstärkt.

Wir sollten uns deshalb an dieser Stelle vergegenwärtigen, in welchen Kontexten die Forschungen und Diskussionen zu 1918/19 jeweils stattfanden. Dabei werde ich mich nur auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik beziehen, weil die 1958 fixierten politischen Rahmenbedingungen für die Revolutionsgeschichtsschreibung der DDR bis zum Ende der DDR gültig blieben, wenn auch die DDR-Forschung in den achtziger Jahren, kurz vor dem Ende, etwas in Bewegung geriet. In den ersten Jahrzehnten nach 1945 musste es im Umgang mit der deutschen Geschichte vor allem darum gehen, 1933 zu erklären, die Zerstörung der demokratischen Republik und die Etablierung eines antidemokratischen, rassistischen, militaristisch-aggressiven Regimes. Das bedeutete, dass man nach Fehlentwicklungen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik – und damit natürlich auch in der Revolution von 1918/19 – fragen musste. Hinzu kam, dass die Sowjetunion, wie bereits erwähnt, als Siegermacht im Zweiten Weltkrieg inzwischen zu einer Weltmacht geworden war, dass ein Teil Deutschlands zum sowjetischen Machtbereich gehörte und dass der Ost-West-Konflikt eine unmittelbar erfahrbare Realität war, so dass die Furcht vor einer bolschewistischen »Machtergreifung« während der Revolution nachträglich gerechtfertigt erschien. Von den späten fünfziger Jahren bis zur Kanzlerschaft Willy Brandts nahmen dann die Unsicherheiten über die demokratische Stabilität der Bundesrepublik und die Kritik an autoritären, rückwärtsgewandten Tendenzen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft dramatisch zu und damit auch die Sensibilität hinsichtlich möglicher Demokratiedefizite im Gründungsprozess der Weimarer Republik.

Dagegen wurden in der Regierungszeit von Willy Brandt und Helmut Schmidt die Befürchtungen hinsichtlich der Krisenanfälligkeit der demokratischen Ordnung geringer, erschien auch die Weimarer Republik allmählich in einem günstigeren Licht. Dazu kam, dass in den siebziger Jahren in Portugal, Spanien und Griechenland demonstriert wurde, dass von revoltierenden Massen ein weitgehend friedlicher Übergang von der Diktatur zur Demokratie erzwungen werden konnte.

Als Helmut Kohl dann 1982 eine »geistig-moralische Wende« verkündete, ging es hinsichtlich der deutschen Geschichte schon nicht mehr

um die Voraussetzungen und Ursachen der »Machtergreifung«, sondern um die von den Nationalsozialisten verübten Menschheitsverbrechen, und damit traten andere Kontinuitätsprobleme in den Vordergrund, wie im sogenannten »Historikerstreit« weithin sichtbar wurde. Das Interesse an der Revolutionsgeschichte ließ in diesen Jahren eindeutig nach. Die »friedliche Revolution« vom Herbst 1989 hätte dann ein Anlass sein können, sich dieser Thematik mit neuer Intensität zuzuwenden. Durch den Zerfall der Sowjetunion und das plötzliche Ende der DDR trat aber das Gegenteil ein: Der Kommunismus als ein alternatives Modell existierte nicht mehr, und mit dem Ende der DDR und der DDR-Geschichtswissenschaft war auch die Konkurrenzsituation nicht mehr gegeben, die bis dahin in der Bundesrepublik selbst das konservative Lager dazu bewogen hatte, die Geschichte der Arbeiterbewegung und auch die Revolutionsgeschichte zu fördern.

Neuerdings ist das Interesse an der Revolutionsgeschichte aber wieder stärker geworden. In nicht wenigen europäischen Staaten ist die liberale und soziale Demokratie akut gefährdet, und auch in der Bundesrepublik gibt es Gründe, die Funktionalität und Stabilität der liberalen, sozialen und demokratischen Institutionen in unserer Gesellschaft nicht mehr als selbstverständlich gegeben anzusehen. Demokratie muss aktiv verteidigt und weiterentwickelt werden. Unter diesen Voraussetzungen interessieren erneut die Zeiten, in denen in der Demokratiegeschichte wichtige Entscheidungen getroffen, Weichen gestellt und Strukturen verändert – oder eben auch nicht verändert – wurden.

Dem entspricht der empirische Befund, dass – entgegen den immer wieder zu lesenden Behauptungen, dass die Revolutionsforschung gegen Ende der achtziger Jahre zum Erliegen gekommen sei – diese Forschung auch in den folgenden Jahrzehnten durchaus aktiv und erfolgreich geblieben ist und inzwischen sogar eine neue Dynamik gewonnen hat. Ich nenne dazu ein Dutzend Titel aus den letzten zehn Jahren.

2008: »Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen« von Lothar Machtan und »Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution« von Ralf Hoffrogge;

2009: »Die Revolution von 1918/19« von Volker Ullrich und »Die Novemberrevolution 1918/19. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie« herausgegeben von Ulla Plener;

2010: »Die vergessene Revolution von 1918/19« herausgegeben von Alexander Gallus;

2012: »Massenstreik und Schießbefehl. Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919« von Dietmar Lange;

- 2013: »Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung« von Wolfgang Niess und »Revolution und Arbeiterbewegung 1918-1920 in Deutschland« herausgegeben von Karl Christian Führer u. a., sowie die bereits erwähnte Räteedition für Hamburg von Volker Stalman;
- 2015: »Räume der Revolution« (1918-20) von Julian Aulke, »Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/20« von Axel Weipert und »Germany 1916-1923. A Revolution in Context« herausgegeben von Klaus Weinbauer u. a.;
- 2017: »Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik« von Mark Jones und »Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie« von Wolfgang Niess.

Es sind also in jüngster Zeit sowohl Quelleneditionen und Monografien als auch anspruchsvolle Sammelbände und neue Gesamtdarstellungen erschienen, und ich sehe keinen Grund, daran zu zweifeln, dass dieses Forschungs- und Publikationsinteresse auf absehbare Zeit anhalten wird, zumal uns ja ein hundertjähriges Jubiläum unmittelbar bevorsteht.¹ In der Einleitung zu seiner jüngst erschienenen Revolutionsgeschichte hat Wolfgang Niess darauf hingewiesen, dass die Revolution von 1918/19 »auf unerwartete Weise wieder aktuell geworden« sei. Dem entsprechend habe sich auch sein eigenes Erkenntnisinteresse verändert: »Ich habe in den Siebzigerjahren vor allem auf die nicht genutzten Chancen geblickt, wie fast die gesamte historische Forschung. Inzwischen schaue ich viel intensiver auch [!] auf die Ergebnisse und Errungenschaften dieser Revolution.« Programmatisch heißt es dann bei ihm: »Heute können wir ohne falsche Ängste und Sorgen die Weimarer Republik als Vorgängerin und Wegbereiterin der Bundesrepublik sehen und die Revolution von 1918/19 als entscheidende Wegmarke der Demokratisierung in Deutschland.«

Diese Aussagen entsprechen den aktuellen Veränderungen des Geschichtsinteresses und der Geschichtspolitik in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die Erforschung alles dessen, was unter nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland und in großen Teilen Europas geschehen ist, bleibt ebenso unverzichtbar wie die öffentliche Erinnerung daran. Nicht weniger wichtig ist es aber für eine demokratische Gesellschaft, sich auch ihrer positiven Traditionen zu versichern. Dazu gehören nicht zuletzt die historischen Momente, in denen die Menschen ihr Schicksal selber in die Hand genommen und für Freiheit und Demokra-

1 Dieser Text wurde im Herbst 2017 abgeschlossen.

tie gekämpft haben. Das sind in der modernen deutschen Geschichte die Revolutionen von 1848/49, 1918/19 und 1989/90. 1998 hat das 150-jährige Jubiläum dazu geführt, dass es seitdem einen parteienübergreifenden Konsens darüber gibt, dass der Revolution von 1848/49 ein Ehrenplatz in der deutschen Demokratiegeschichte gebührt. Es wäre schön, wenn das hundertjährige Jubiläum 2018/19 dazu führen würde, dass dies künftig auch für die Revolution von 1918/19 gilt.

1. Der Erste Weltkrieg als »Urkatastrophe« der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert¹

I.

Dass der Erste Weltkrieg in Deutschland und Europa eine Epochenscheide war, ist nicht nur unter Historikern, sondern auch in einer breiteren Öffentlichkeit nicht mehr strittig. Seit dem Zerfall der Sowjetunion und der von ihr unmittelbar abhängigen politischen Systeme spricht man von einem »kurzen 20. Jahrhundert«, das 1914 begonnen habe und 1991 an sein Ende gekommen sei. Eric Hobsbawms eindrucksvolle »Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts« ist in ihrem Aufbau und ihrer Argumentation durch diese Vorstellung geprägt, wie schon der Untertitel der englischen Originalausgabe von 1994 »The Short Twentieth Century, 1914-1991« deutlich erkennen lässt.² In Hans-Ulrich Wehlers Grundlagenwerk »Deutsche Gesellschaftsgeschichte« gilt das Jahr 1914 ebenfalls als das »Ende des langen 19. Jahrhunderts« und der »Beginn des Neuen Dreißeßjährigen Krieges«, und die Vorstellung vom »kurzen 20. Jahrhundert« ist auch für Wehlers Darstellung prägend.³ Und auch Volker Berghahn spricht in seinem Buch über den »Untergang des alten Europa« davon, dass 1914 ein »europäischer Bürgerkrieg« einsetzte, der bis 1945, in mancher Hinsicht sogar bis 1990 gedauert habe.⁴

Ob es wirklich sinnvoll ist, die beiden Weltkriege und die sogenannte »Zwischenkriegszeit« als ein Zeitalter des europäischen Bürgerkrieges zu interpretieren, mag dahingestellt bleiben. Auch wird sich die These, das 20. Jahrhundert habe schon zu Beginn der neunziger Jahre geendet, erst aus größerem Abstand und in Kenntnis der weiteren Entwicklungen

1 Zuerst veröffentlicht unter dem Titel: »Weltkrieg« – »Volkskrieg« – »Kulturkrieg«. Die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für die deutsche Geschichte, in: Rolf Spiker/Bernd Ulrich (Hg.), Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914-1918, Bramsche 1998, S. 13-21.

2 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995 (Originalausgabe: Age of the Extremes. The Short Twentieth Century, 1914-1991, London 1994).

3 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, 1849-1914, München 1995, S. 1250 ff.

4 Volker Berghahn, Sarajewo, 28. Juni 1914. Der Untergang des alten Europa, München 1997, S. 7.

einigermaßen sicher beurteilen lassen. Wenig umstritten, wenn auch in seiner Bedeutung kaum ausgelotet, ist dagegen die Feststellung, dass das Jahr 1914 in besonderer Weise den Übergang in das 20. Jahrhundert markiert. Selbst Thomas Nipperdey, der seine deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Kaiserreiches im Jahre 1918 geführt hat, bekannte, er habe »lange geschwankt«, ob der Schlusspunkt nicht doch richtiger mit 1914 zu setzen sei, denn »1914 ist eine Welt zu Ende, ja das 19. Jahrhundert, 1914 beginnt ein neues Zeitalter«. ⁵

Obwohl schon von vielen Zeitgenossen – und das keineswegs nur in Deutschland, wenn auch hier besonders ausgeprägt – der Epochencharakter von 1914 emphatisch betont wurde, macht es in der historischen Betrachtung wenig Sinn, sich allein auf den Beginn des Krieges zu konzentrieren. Wenn George F. Kennan 1979 in einer inzwischen oft zitierten Formulierung von der »great seminal catastrophe of this century« (in der deutschen Übersetzung die »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts«) sprach, ⁶ meinte er damit nicht nur die Zäsur von 1914, sondern den Krieg als Ganzes, der zum Zusammenbruch großer Reiche, zur Entstehung des kommunistischen Macht systems, zum Aufkommen faschistischer Bewegungen und zu einer bis dahin nicht gekannten Instabilität der politischen Verhältnisse in Europa führte. Der Krieg ist mit guten Gründen als ein ungeheurer »Modernisierungsprozeß« bezeichnet worden, aber es handelte sich dabei um eine Modernisierung, in der die Fehlentwicklungen und das Destruktionspotenzial der modernen Gesellschaft auf zutiefst erschreckende Weise in Erscheinung traten. Der bürgerliche Fortschrittsglaube, der längst brüchig geworden war, aber durch die unbestreitbaren wissenschaftlichen und technischen Erfolge immer wieder stabilisiert wurde, verlor mit dem Krieg seine gesellschaftliche Basis, und der Prozess der Desillusionierung erfasste auch den revolutionären Zukunftsoptimismus großer Teile der sozialistischen Arbeiterbewegung. Der Glaube daran, dass die Zukunft beherrschbar und aufgrund theoretischer Vorgaben gestaltbar sei, verlagerte sich unter dem Einfluss des Krieges auf die radikale Rechte ebenso wie auf die radikale Linke, und er führte in beiden Fällen zur Errichtung totalitärer Herrschaft.

5 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 882.

6 George F. Kennan, Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875-1890, Frankfurt a. M. 1981, S. 12; vgl. u. a. Ernst Schulin, Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, in: Wolfgang Michalka (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, S. 3-27.

Die Ursachen des Ersten Weltkrieges sind inzwischen gründlich erforscht. Das Verdikt des Versailler Vertrages, durch das die Alleinschuld des Deutschen Reiches festgeschrieben wurde, hat ebenso wenig Bestand gehabt wie die spätere Kompromissformel, alle seien gleichermaßen »hineingeschlittert«. Seit Fritz Fischers Forschungen und den von ihm angeregten Arbeiten ist unbestreitbar, dass die politische und militärische Führung des Deutschen Reiches keineswegs mit allen Mitteln den Frieden zu erhalten versuchte, sondern den Konflikt politisch zuspitzte und einen wesentlichen Anteil an der Auslösung des Krieges hatte.⁷ Andererseits ist ebenso unübersehbar, dass auch die anderen Großmächte der Erhaltung des Friedens keine Priorität einräumten. Allen beteiligten Mächten galt der Krieg als eine mögliche und legitime Fortsetzung der Politik mit den Mitteln militärischer Macht, obwohl niemand sich einem Zweifel darüber hingeben konnte, dass der Krieg unter den Bedingungen der modernen Technik zerstörerischer und mörderischer als je zuvor sein würde. Im Zeitalter des Imperialismus und der aggressiven Nationalismen verschärfen sich die Konflikte zwischen den Mächten in einer Weise, die nur noch schwer kontrollierbar war. Zwar gelang es bis 1914 immer wieder, die akuten Zuspitzungen zu entschärfen und die militärischen Auseinandersetzungen zu begrenzen, doch wurde gleichzeitig der Rüstungswettlauf ständig forciert, wurden die militärischen Vorbereitungen auf einen großen Krieg immer konkreter. Als der Krieg schließlich begann, waren fast alle beteiligten Mächte darauf nicht nur militärisch, sondern auch politisch und von den Massenstimmungen her vorbereitet. Es fehlte durchaus nicht an Kriegsgegnern, und insbesondere die sozialistischen Parteien stemmten sich in großen Demonstrationen gegen die Katastrophe. Doch nachdem die Entscheidung gefallen war, schlug die Stimmung rasch um, fand der Krieg, der in den meisten Ländern als ein Verteidigungskrieg definiert wurde, eine breite und anfangs geradezu enthusiastische Unterstützung.

II.

In der Geschichtsschreibung findet sich bis heute die Vorstellung, man habe nicht gewusst – nicht wissen können –, was ein Krieg im 20. Jahrhundert bedeuten würde. Davon kann jedoch, wie u. a. Wolfgang J.

7 Vgl. zusammenfassend Volker R. Berghahn, *Germany and the Approach of War in 1914*, London 1993.

Mommsen überzeugend dargelegt hat, keine Rede sein.⁸ Hier mag es nützlich sein, daran zu erinnern, dass führende Sozialisten – ohne Zugang zu internen Informationen und auf allgemein zugängliche Quellen angewiesen – von Anfang an sehr viel klarsichtiger waren. In geradezu prophetischer Weise äußerte sich Friedrich Engels, ein ausgesprochener Militärfachmann, schon 1887 über das Wesen und die Folgen eines Krieges im 20. Jahrhundert. Es werde für Preußen-Deutschland »kein anderer Krieg« mehr möglich sein,

»als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie gekannten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des 30jährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unseres künstlichen Getriebes in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt.«⁹

Im Deutschen Reichstag warnte August Bebel im November 1911 vor den Gefahren des Wettrüstens, das in der Katastrophe enden werde:

»Aldann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16-18 Millionen Männer, die Männerblüte der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegeneinander als Feinde ins Feld rücken. Aber nach meiner Überzeugung steht hinter dem großen Generalmarsch der große Kladderadatsch.[...] Die Götterdämmerung der europäischen Welt ist im Anzuge.«¹⁰

Selbst bei den führenden Militärs fehlte es nicht an entsprechenden Einsichten. So äußerte Helmuth von Moltke, der Chef des Generalstabes, schon 1905:

8 Wolfgang J. Mommsen, Der Erste Weltkrieg und die Krise Europas, in: Gerhard Hirschfeld u. a. (Hg.), »Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch ...«. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, Essen 1993 (Fischer Taschenbuch 1996), S. 25 f.

9 Zitiert nach Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich, 1871-1918, 5. Aufl., Göttingen 1983, S. 200 (Marx-Engels-Werke, Bd. 21, S. 350 f.).

10 Zitiert nach Wolfgang J. Mommsen, siehe Fn. 8, S. 25.

»Es wird ein Volkskrieg werden, der nicht mit einer entscheidenden Schlacht abzumachen sein wird, sondern der ein langes, mühevolleres Ringen mit einem Lande sein wird, das sich nicht eher überwunden geben wird, als bis seine ganze Volkskraft gebrochen ist, und der auch unser Volk, selbst wenn wir Sieger sein sollten, bis aufs äußerste erschöpfen wird.«¹¹

Andere Fachleute zogen aus solchen Einsichten den Schluss, gerade deswegen seien alle Planungen auf einen kurzen Krieg auszurichten. Die von den europäischen Pazifisten gezogene Schlussfolgerung, dass man unter diesen Umständen gar keinen Krieg mehr führen könne, wurde dagegen weder von den führenden Militärs noch von den führenden Politikern akzeptiert. Stattdessen sprach man vor allem in Deutschland umso häufiger von einem zukünftigen Krieg als einem »Entscheidungskampf«, bei dem es »um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes« gehe.¹² Gerade die Kenntnis der ständig wachsenden militärischen Risiken förderte die Bereitschaft, einen für unvermeidlich erklärten Krieg lieber früher als später zu führen. Es war nicht zuletzt diese Haltung, die dazu führte, dass aus der Julikrise von 1914 der schon viele Jahre vorher beschworene »Weltenbrand« wurde.

Tatsächlich übertraf der Krieg schon bald die schlimmsten Befürchtungen. Der deutsche Vormarsch im Westen wurde bereits im September 1914 an der Marne gestoppt. An der ganzen westlichen Front, von der Küste bis zur Schweizer Grenze, begann der Bau von Schützengräben und Stacheldrahtverhauen. Aus dem kurzen Krieg, der ein Bewegungskrieg sein sollte, wurde ein langer Krieg, der sich als ein Stellungskrieg neuen Typs erwies, in dem sich die feindlichen Fronten unmittelbar gegenüberlagerten und selbst bei größten Offensivanstrengungen allenfalls minimale Geländegewinne erzielt werden konnten. In bis dahin unbekanntem »Materialschlachten« wurden die feindlichen Stellungen durch Artilleriebeschuss (bald wurde auch Giftgas eingesetzt), den Einsatz von Minenwerfern und Handgranaten zerfurcht, ohne dass dadurch jedoch die Verteidigungsbereitschaft entscheidend geschwächt worden wäre. Immer wieder wurden, wider alle Vernunft, Infanterieangriffe begonnen, die regelmäßig in einer Katastrophe endeten. Bei der Schlacht vor Verdun, der scheiternden deutschen Offensive seit Ende Februar 1916, lautete das Ziel ausdrücklich, die französischen Kräfte »auszubluten«.

11 Zitiert nach Jost Dülffer, Kriegserwartung und Kriegsbild in Deutschland vor 1914, in: Wolfgang Michalka, siehe Fn. 6, S. 784 f.

12 Vgl. ebd., S. 785.

Nach einem halben Jahr betrug die Zahl der Todesopfer allein auf deutscher Seite rund 28 000 Tote und Vermisste. Die große Offensive der Briten an der Somme, die im Sommer desselben Jahres einsetzte, kostete die Angreifer bereits am ersten Tag nicht weniger als 60 000 Tote und Vermisste. Insgesamt wurden in den 52 Kriegsmonaten zwischen August 1914 und November 1918 über 9 Millionen Soldaten getötet. In Deutschland verloren von den über 13 Millionen Soldaten etwa zwei Millionen ihr Leben, über vier Millionen wurden verwundet. Die Grunderfahrung des Krieges war die des massenhaften Sterbens und Leidens. Das betraf nicht nur die Front, sondern über die Familien auch die Heimat. Die Lebenden wurden zu »Überlebenden«, die Verkrüppelten vermittelten den Daheimgebliebenen eine Vorstellung vom Grauen des Krieges. Auch die Heimat entwickelte sich – durch die Mobilisierung aller Kräfte für den Krieg und, spätestens seit 1916, durch Hunger und Entbehrungen aller Art – zur »Heimatfront«. Die Zivilbevölkerung blieb nicht außerhalb des Kriegsgeschehens, war nicht nur mittelbar, sondern unmittelbar betroffen. Vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges mag es unangemessen erscheinen, schon für 1914-18 von einem »totalen Krieg« zu sprechen, doch ist es alles andere als zufällig, dass entsprechende Vorstellungen längst im Umlauf waren.

Was 1914 begann, war ein »Volkskrieg« – nicht nur, weil ein großer Teil der waffenfähigen Männer eingezogen und an die Front geschickt wurde, sondern auch, weil die Massenstimmungen, die Mobilisierung der Köpfe und Herzen, eine so große Rolle spielten wie nie zuvor. In allen beteiligten Staaten wurde die Einheit der Nation proklamiert und ein »Burgfrieden« geschlossen, durch den alle inneren Auseinandersetzungen bis zum Ende des Krieges zurückgestellt werden sollten. Auch die Parteien der Sozialistischen Internationale und die ihnen nahestehenden Gewerkschaften unterstützten die nationalen Kriegsanstrengungen: Die deutschen Sozialdemokraten stimmten geschlossen für die Kriegskredite, die französischen Sozialisten traten sogar in die Regierung ein, und die britische Labour Party folgte schon bald ihrem Beispiel.

III.

In fast allen beteiligten Staaten gab es das Phänomen einer sich geradezu epidemisch ausbreitenden Kriegsbegeisterung. Zwar wurden die Freiwilligenmeldungen in Deutschland aus propagandistischen Gründen stark übertrieben, doch kann gar kein Zweifel daran bestehen, dass es den massenhaften »Drang zu den Waffen« tatsächlich gab. Und es gab auch